

kannt wurde, die Kontinuitätslinien imperialistischer Politik von der Wilhelminischen Zeit über den Ersten zum Zweiten Weltkrieg klarer gesehen und die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingtheiten (außen-) politischen Handelns als bedeutsame Fragen historischer Forschung entdeckt wurden. Angeregt durch diese Diskussion, beeinflusst auch durch die Wiederentdeckung der Außenseiter der Weimarer Zeit (und des Exils), haben in den ausgehenden 60er und frühen 70er Jahren Hans-Ulrich Wehler, Volker Berghahn u. a. die aggressive Wilhelminische Außenpolitik als Mittel zur Stabilisierung des gefährdeten innenpolitischen status quo begriffen, eine Interpretation, der mit dem Hinweis auf die Eigengewichtigkeit der Außenpolitik wie der nationalistischen Ideologie widersprochen worden ist. – Die tiefgreifende Revision der historiographischen Positionen in Westdeutschland, so kann Jäger zeigen, hat auch in der DDR-Geschichtsschreibung zu neuen Aufgabenstellungen geführt: Neben der Frage nach dem Sondercharakter des deutschen Imperialismus, dessen Kontinuitätslinien bis in die Gegenwart verfolgt werden, wird der Einfluß ökonomischer Interessen auf die Reichspolitik, der Zusammenhang von Monopolkapitalismus, Staat und Kriegszielpolitik, verstärkt untersucht. – Resümierend konstatiert Jäger für die Gegenwart eine Vielzahl konkurrierender Ansätze und Interpretationsmuster, wozu indes zu sagen ist, daß ein Teil von diesen durchaus kompatibel ist.

Jägers Buch bietet insgesamt gesehen einen zuverlässigen Überblick über die deutsche Kriegsschulddebatte, der, auf dem historiographischen Forschungsstand aufbauend, alle wichtige, die historisch-politische Auseinandersetzung nachhaltig beeinflussende Literatur berücksichtigt. Gewiß ließe sich die Untersuchung der den Interpretationen zugrundeliegenden historisch-politischen Axiomatik und historistischen Methodologie der deutschen Historiographie noch vertiefen. Gewichtiger ist, daß die gesellschaftlich-politischen Bedingtheiten und Konsequenzen der Interpretationsmuster und ihr Zusammenhang mit der politischen Kultur zwar häufig angesprochen werden, doch im Grunde nicht das leitende Interesse der Untersuchung bilden, wie der Buchtitel erwarten läßt. Der Begriff der politischen Kultur bleibt vage; der Interpretationsrahmen wird nicht näher ausgeleuchtet. Welche Einstellungen und Werte der politischen Kultur bzw. bestimmter Teilkulturen – so läßt sich fragen – spiegeln sich in den verschiedenen Epochen der historiographischen Debatte, und welchen Stellenwert haben sie im Geflecht sich wandelnder politisch relevanter Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen der Gesellschaft? Für die Weimarer Epoche enthält das Buch dazu vielfältige Hinweise, für die Nachkriegszeit gerät diese Frage teilweise aus dem Blick, hier wird die Arbeit streckenweise zu einem großen Forschungsbericht. Allerdings ist einzuräumen, daß der Zusammenhang zur Politik und zur politischen Kultur für die Gegenwart nur schwer zu fassen ist, weil er – angesichts der inzwischen eingetretenen größeren historischen Distanz zum Ersten Weltkrieg – weniger eng ist. Bleiben in dieser Hinsicht auch Fragen offen, so ist Jägers Buch doch als Aufarbeitung der Kriegsschulddiskussion grundlegend.

Bernd Faulenbach, Recklinghausen

Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, eingel. von Reinhard Schiffers, bearb. von Reinhard Schiffers und Manfred Koch in Verb. mit Hans Boldt (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 9/I–IV), Droste Verlag, Düsseldorf 1981 und 1983 (Bd. IV), XLV, 2435 S., Ln., 713 DM.

Die vorliegende Edition der Protokolle des Hauptausschusses des Deutschen Reichstages 1915–1918, die Reinhard Schiffers und Manfred Koch für die Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien eingerichtet haben, füllt eine Lücke in unserer Kenntnis über die innenpolitische Entwicklung des Kaiserreiches in der Phase des Ersten Weltkrieges insgesamt und darüber hinaus über den Stellenwert des

Reichstages bzw. seiner Ausschüsse im politischen System in der Endphase des Wilhelminischen Deutschland. Schon vor Jahren hatte die Parlamentarismus-Kommission mit der wichtigen Edition über den sog. Interfraktionellen Ausschuß diese Aufgabe für die Jahre 1917/18 in Angriff genommen; die vorliegende Edition bildet gewissermaßen den Abschluß dieser editorischen Bemühungen.

Der sog. Hauptausschuß des Reichstages ist die – untechnische – Bezeichnung für den Haushaltsausschuß des Deutschen Reichstages, den wichtigsten der acht ständigen Ausschüsse, nämlich Geschäftsordnung, Wahlprüfung, Petitionen, Handel und Gewerbe, Finanz und Zoll, Justiz, Rechnungswesen und Haushalt. Schon vor Kriegsausbruch 1914 hatte er eine herausgehobene Position schon deshalb besessen, weil ihm über das nicht bestrittene Mitspracherecht bei allen Ausgaben und Einnahmen des Reiches eine Mittlerfunktion zwischen den Reichsämtern und dem preußischen Kriegsministerium zugekommen war. Die Haushaltsberatungen im Plenum des Reichstages wurden in diesem Ausschuß vorberaten, und die Generaldebatte im Reichstag, die in der Regel einen Großteil der jährlichen Sitzungen in Anspruch nahm, zeigte jedes Jahr erneut den herausgehobenen Stellenwert dieser Körperschaft. Im Kriege endlich wurde diese exponierte Funktion noch dadurch erhöht, daß die Intensität der Tagungen der übrigen ständigen Ausschüsse stark eingeschränkt war, und dann dadurch, daß der Hauptausschuß seit dem Herbst 1916 auch tagen durfte, wenn das Plenum des Reichstages vertagt war. Schließlich dadurch, daß der Reichstag selbst nur kurz und relativ selten zusammentrat, wobei er sich zusätzlich noch in seinen Erörterungen mit Blick auf die Kriegslage zahlreiche Selbstbeschränkungen auferlegte. Der Hauptausschuß nahm so je länger je mehr den Status eines Rumpfparlamentes an.

Die Sitzungsintensität steigerte sich zum Kriegsende hin: Nach Kriegsausbruch fand 1914 keine Sitzung mehr statt, 1915 gab es 49 Sitzungen, 1916 dann 69, 1917 schon 73 und 1918 sogar 86 Sitzungen. Eine Gesamtdokumentation aller überlieferten Sitzungen (276 Sitzungen zwischen 10. März 1915 und dem 30. September 1918, zusätzlich zwei nicht auffindbare Protokolle) mit insgesamt 20 000 Seiten wäre unmöglich gewesen, denn sie hätte ein Vielfaches der hier vorgelegten vier Bände erfordert. Eine sinnvolle Auswahl war deshalb unumgänglich; dabei haben sich die Bearbeiter dafür entschieden, zwar alle Sitzungen – die stenographischen Mitschriften erfolgten teils wörtlich, teils in Zusammenfassungen – zu dokumentieren, den größten Teil davon jedoch in Regestform, dagegen den kleineren Teil entweder ganz oder in Ausschnitten nach den stenographischen Protokollen zu bringen. Die Auswahlkriterien des Abdrucks – wann und warum Regestform, wann und warum wörtliche Wiedergabe – bleiben leider in der ohnehin äußerst knappen Einleitung weitgehend unerörtert. Insgesamt stehen bei der gewählten Verfahrensweise die Debatten über die Kriegszielfragen, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, die Zensur, die Ernährungslage sowie über die Friedensverträge im Osten 1918 im Vordergrund der Dokumentation, wohingegen die Debatten über den Haushalt und seine Finanzierung, d. h. den »eigentlichen« Kern der Ausschußtätigkeit ungeachtet aller Verschiebungen während des Krieges, eher verknüpft zur Darstellung gelangen, z. T. auch in so komprimierter Form, daß der inhaltliche Zugang zu den Problemstellungen nur sehr schwer herstellbar ist. Das ist schon deshalb bedauerlich, weil die herangezogenen Debatten über die Kriegsziele oder den U-Boot-Krieg einmal in den schon vorliegenden Quellensammlungen und Darstellungen relativ breit und genau dokumentiert sind; zum anderen hat sich das Erkenntnisinteresse gerade in den letzten Jahren zu Recht von diesen, auch in der Sekundärliteratur einigermaßen erschöpfend abgehandelten Fragestellungen abgewandt und sich stärker sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen zugewandt, unter Einschluß der finanz- und steuerpolitischen Vorbelastungen der Weimarer Republik, d. h. der Vorgeschichte der Inflation, den Problemen der sog. Kriegswirtschaft bzw. der sog. Übergangswirtschaft oder endlich der Sozialpolitik 1917/18. Der schiere Erkenntniswert und -zugewinn dieser Quellenedition ist deshalb keineswegs so groß, wie die auf mehr als 2 400 Seiten abgedruckten Materialien auf den ersten Blick vermuten lassen.

Zudem ist die Optik eher, stellt man die wörtliche Wiedergabe der Statements der Regierungsvertreter – Reichskanzler, Vizekanzler, Staatssekretäre usw. – in Relation zu den abgedruckten Meinungsäußerungen der Parlamentarier, bei denen häufiger die Form des Regests gewählt wurde, diejenige »von oben« und nicht so sehr diejenige »von unten«. Ein womöglich gesteigertes Selbstbewußtsein der Parlamentarier bzw. des Reichstages und seiner Institutionen gegenüber der Regierung kann man generell nur schwerlich aus den abgedruckten Materialien ableiten. Das mag eher zutreffen für die Kriegsziel-, Zensur- oder die allgemeine Friedenspolitik, gilt aber schon nicht mehr für die Sozial-, Wirtschafts- oder Finanzpolitik. Hier erschienen die Parlamentarier eher als Bittsteller denn als ernstgenommene Kooperationsinstanz seitens der Regierung. Deshalb muß bezweifelt werden, folgt man den General-Herausgebern der gesamten Quellenreihe, E. Matthias und R. Morsey, daß die Protokolle der Budgetkommission »speziell für die Vorgeschichte und die Geschichte der Parlamentarisierung« die wichtigste parlamentarische Quelle darstellen (Vorwort 1980). Die (alte) These vom geradlinig fortschreitenden Parlamentarisierungsdruck der sog. Mehrheitsparteien im Reichstag, der dann quasi zwangsläufig zur Parlamentarisierung der Reichsregierung im Oktober 1918 geführt habe, trägt den innerhalb der Mehrheitsparteien vorhandenen starken interessenpolitischen Divergenzen auf wichtigen Feldern der Sozial- und Finanzpolitik ebensowenig Rechnung wie den Vetogruppen von ziviler Reichsleitung und Oberster Heeresleitung. Und schließlich ging dem Prozeß eines »stillen« Verfassungswandels ein massiver Gegen-Prozeß der außerparlamentarischen Radikalisierung von rechts in Gestalt der Kriegszielausschüsse und der 1917 erfolgten Gründung der Deutschen Vaterlands-Partei parallel, Frühformen eines anti-parlamentarischen Protofaschismus. Es bleibt nachzutragen, daß die schwierigen Probleme der Kommentierung von Personen und Sachen sowie das Problem des Sachregisters in unterschiedlichem Maße befriedigen können. Es hat den Anschein, als ob die Kommentierung der wirtschafts- und finanzpolitischen Sachverhalte viel weniger ausgewogen ausgefallen ist als z. B. die der »gängigen« innen- und außenpolitischen Themen (Zensurfragen, Friedensschlüsse). Die Verweise auf die vorhandene Sekundärliteratur sind ebenfalls uneinheitlich ausgefallen: Viele ältere Titel werden aufgeführt, wohingegen neuere und neueste Forschungen fehlen (z. B. Skalweit, aber nicht Flemming; Verweise auf durchaus apologetische Titel wie etwa Wortmann [1926]). Es muß aufgrund solcher Defizite bezweifelt werden, ob diese überaus teuren Bände, selbst im Kern älteren Fragestellungen verhaftet, innovative Forschungen zur Sozial- und Wirtschafts-geschichte des Ersten Weltkrieges anzuregen in der Lage sein werden.

Dirk Stegmann, Lüneburg

Hermann Schäfer, Regionale Wirtschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Staat, Industrie und Verbände während des Ersten Weltkrieges in Baden (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen, Bd. 95), W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983, XXXII, 416 S., kart., 42 DM.

Gunther Mai, Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918 (= Industrielle Welt, Bd. 35), Klett-Cotta, Stuttgart 1983, 487 S., Ln., 148 DM.

One of the oddities of historical research on German economic and social history in the First World War has always been the heavy dependence of historians on materials from the archives of the *Länder*, especially those in South Germany. This is a consequence of the destruction of the Prussian military archives in 1945, and the problems have been compounded by the political division of Germany after 1945. It is really quite remarkable that such detailed studies of the general social and economic history of the war as those produced